



LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER JURISTEN

Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

20.06.2012

**CDU-Juristen: Bei Migranten kein Misstrauen gegen den Rechtsstaat und seine Justiz schüren**

Die Äußerungen von Integrationsministerin Öney (SPD) zur Rolle der Justiz in Deutschland können so nicht stehen bleiben, fordert der Landesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen (LACDJ) im Hinblick auf deren jüngst bekannt gewordenen Ausführungen zum sog. Tiefen Staat und die NSU. Der von dieser erzeugte Anschein, in Deutschland würden organisierte Kriminalität und Extremismus nicht nur geduldet, sondern staatlicherseits gefördert, ist eines Mitglieds der Landesregierung von Baden-Württemberg unwürdig und zeigt ein merkwürdiges Verständnis unseres demokratischen Rechtsstaats, dessen Vertreterin Frau Öney gerade ist. So werde die Identifikation von Zuwanderern und Neubürgern mit dem freiheitlichsten System auf deutschem Boden nachhaltig und ohne belastbare Beweise zerstört. Migranten und Justiz gegeneinander ausspielen zu wollen, schade allen Beteiligten, so der zuständige Sprecher Uttam Das, selbst Richter mit Migrationshintergrund.

„Frau Öney ist mit ihrem Amt offenbar überfordert. Bisher hat sie vor allem mit einer landsmannschaftlich geprägten Klientelpolitik von sich Reden gemacht. Nunmehr rechtsstaatliche Verhältnisse in Deutschland offen in Frage zu stellen, hat eine andere und neue Dimension verfehlten Amtsverständnisses. Die Justiz pauschal und sprachlich in die Nähe von Handlangern des Verbrechens zu rücken, kann nicht einfach unter Hinweis auf Übersetzungsfragen oder den Eifer des Gefechts übergangen werden,“ so der 39jährige Das, dessen Vater aus Indien zuwanderte. „Es war im Übrigen die CDU, die 2005 in Nordrhein-Westfalen das erste vollwertige Integrationsministerium auf Landesebene geschaffen und mit Armin Laschet besetzt hat. Dieser fühlte sich allerdings nicht einer speziellen Personengruppe verpflichtet, sondern den Querschnittsaufgaben der Integration“.

Uttam Das unterstreicht ausdrücklich den hinter den umstrittenen Äußerungen stehenden Charakter: „Hier der deutsche Staat und seine Justiz samt Strafverfolgungsbehörden, dort die Migranten als deren schutzlose Opfer: Mit einem solchen Schwarz-Weiß-Bild wird der Integration kein Dienst erwiesen. Solange sich diverse parlamentarische Gremien und die Anklagebehörden bis hin zur Bundesanwaltschaft erst ein Bild über die Hintergründe der schlimmen Taten dieser sog. NSU machen, ist jede Unterstellung mit Wahrheitsanspruch verfrüht. Die gilt erst recht, wenn sie den ungeheuerlichen Vorwurf eines vorsätzlichen Tuns umfasst“, so das Vorstandsmitglied nach Sichtung entsprechender Medienberichte.

„ Auch der SPD-Vorsitzende Schmid muss nun erklären, wie lange er eigentlich noch seinem Polit-Import festhalten will. Andere sind schon für weniger schwere Ausfälle als „lose Kanone an Bord“ bezeichnet worden. Sollte ein eigenständiges Integrationsministerium als Gewinn vermittelt werden, muss die dortige Hausspitze für die freiheitlich-demokratische Grundordnung werben und diese nicht mit leichter Hand diskreditieren“ so Dr. Das abschließend.

*Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.*